

## SPAREN OHNE ZU ENTLASSEN

An die Assessoren  
Arno Kompatscher  
Philipp Achammer  
Waltraud Deeg  
Florian Mussner  
Martha Stocker  
Christian Tommasini

und z.K.  
An die Fraktionen des  
Südtiroler Landtages

Bozen, 08.02.2014

In einer Pressekonferenz vom 20.06.2013 hat sich die Autonome Provinz Bozen einschließlich der Sanitätsbetriebe und des Gemeindenverbandes verpflichtet Freie Software / Open Source in der Verwaltung einzuführen.

In Folge hat die Landesverwaltung beschlossen alle eigenen PC's (ca. 7000) innerhalb von 3 Jahren auf die freie Bürosoftware LibreOffice zu migrieren und den Austausch von Dokumenten zwischen der öffentlichen Verwaltung und Bürgern und Betrieben in dem freien Standardformat ODF (Open Document Format) zu garantieren.

Weiters hat sich die Landesregierung mit dem Beschluß Nr. 1301 vom 02.09.2013 verpflichtet die laufenden Ausgaben der öffentlichen Verwaltung durch Benutzung von freier Software / Open Source zu reduzieren, die dadurch vorgesehene Ersparnis beläuft sich auf 1.000.000 Euro pro Jahr.

Damit gibt es auch für den Bürger nicht mehr den Zwang für sich selbst teure und kommerzielle Software ankaufen zu müssen, um mit dieser gezwungenermaßen mit der öffentlichen Verwaltung kommunizieren zu können.

Dieser Beschluß kann somit als der zweite Schritt eines Weges betrachtet werden, welcher bereits im Jahre 2005 in der italienischsprachigen Schuldidaktik (ca. 2.500 PC's) mit dem Projekt FUSS und der Einführung und Verteilung freier Software in den Schulklassen und beteiligten Familien begonnen hat.

Die positiven Auswirkungen dieser Strategie sind nicht nur in einer Kostenersparnis für die beteiligten Verwaltungen auszumachen, sondern gehen darüber hinaus: Der Zugang zu Informationen wird für alle erschwinglicher, offener und damit Teil der demokratischen Kultur; die kulturellen Verhaltensmuster welche mit der Verbreitung freier Software einhergehen fördern den Zugang zum Wissen und erleichtern dadurch eine Überwindung des sogenannten *digital divide*.

Mit dieser mutigen Entscheidung auf Landesebene sind wir nicht alleine: Viele andere öffentliche Verwaltungen in Europa haben denselben Weg eingeschlagen und ernten die Früchte ihrer Arbeit. Einige Beispiele: Die französischen Ministerien für Landwirtschaft, Kultur, Telekommunikation, Verteidigung, Bildung, Energie, Finanzen, Inneres und Justiz, koordiniert in der Arbeitsgruppe MIMO, installieren LibreOffice auf den rund 500.000 PC's dieser Behörden.

Die spanischen Region Valencia hat vor kurzem die Migration von 120.000 Arbeitsplätzen der Verwaltung, der Schulen und der Gerichtsbehörden auf LibreOffice abgeschlossen. Bayerns Landeshauptstadt München, die Region Kopenhagen, die Region Umbrien, die Provinzen Cremona und Macerata sind weitere von diesem innovativen Konzept überzeugte Städte und Regionen, die sich bereits aktiv auf diesem Weg befinden. Weiters haben unter Federführung der europäischen "Open Source Business Alliance" Initiative (OSB) verschiedene Schweizer und Deutsche Gemeindeverwaltungen als Sponsoren die Weiterentwicklung von LibreOffice aktiv gefördert.

Unsere öffentlichen Verwaltungen sind dazu aufgerufen, öffentliche Mittel in jene Softwareprogramme zu investieren, welche gleichzeitig der Gemeinschaft und den Bürgern kostenlos zur Verfügung gestellt werden können - ohne diesen weitere Kosten zu verursachen wie in Vergangenheit geschehen.

Die in Europa initiierte Entwicklung der Office-Suite LibreOffice, welche unter der Führung der no-profit Stiftung "The Document Foundation" voran getrieben wird, ist ein vorbildliches Beispiel wie der Einsatz von privaten und öffentlichen Mitteln, unterstützt vom tatkräftigem Einsatz zahlreicher freiwilliger Mitarbeiter zum Entstehen eines qualitativ hochwertigen und frei und kostenlos erhältlichen Produktes geführt hat.

Unterstützt von den öffentlichen Verwaltungen haben auch die IT-Unternehmen in Südtirol die Chance in diesem innovativen Entwicklungs-Pool auf europäischer Ebene aktiv mitzuarbeiten und davon zu profitieren, und sich in diesem Sektor eine führende Position zu erschließen.

Wir rufen deshalb unsere politischen Vertreter auf sich dazu zu verpflichten den begonnenen Weg konsequent auf allen Ebenen weiter zu verfolgen:

Indem der Einsatz freier Software unter anderem auf die deutsche und italienische Schule ausgeweitet wird, und indem konsequent alle Dokumente welche Bürger und Betriebe betreffen in offenen Formaten veröffentlicht werden.

Wir erwarten in diesem Sinne die Veröffentlichung eines langfristig ausgelegten, klaren und verständlichen Strategieplans (Roadmap), welcher einvernehmlich von den verschiedenen Assessoraten der Landesverwaltung mitgetragen wird und von den Bürgern in seiner Umsetzung überprüfbar ist.

Zu unserem Bedauern haben wir festgestellt dass das deutsche Schulamt am 21.01.2014 eine Ausschreibung für einen nicht näher beschriebenen Microsoft "Open Value Subscription Academic" Vertrag veröffentlicht hat. Diese Ausschreibung über einen Betrag von 1.600.000 € beachtet nicht die Bestimmungen der eingangs erwähnten Beschlüsse, beispielsweise nicht jene des Beschlusses Nr. 1301 vom 02.09.2013 der Landesregierung, welche eine Eindämmung der laufenden Spesen zugunsten von Ausgaben im Kapitalkonto vorsieht.

Dies wir umso deutlicher wenn man sich die Aussagen von Carlo Daffara bei der SFSCon Konferenz 2012 im TIS Bozen vor Augen hält: In Summe gehen leider 86% der Gelder welche für Microsoft Lizenzen ausgegeben werden entsprechenden Investitionen im lokalen Markt verloren. 86% dieser Summen kommen also ausschließlich dem amerikanischen BIP und dem Konzern Microsoft zugute, und nicht der hiesigen Wirtschaft. Leider sind obgenannte 1.600.000 € nur die Spitze des Eisberges: Laut Informationen des Portals für öffentliche Aufträge wurden zwischen 2010 und 2013 allein von den öffentlichen Verwaltungen der Provinz Bozen insgesamt für mehr als 9.000.000 € direkt oder indirekt Produkte des Microsoft Konzerns angekauft.

Um endlich einen Ausstieg aus diesem sehr kostspieligen Abhängigkeitsverhältnis zu erreichen - für das es freie Alternativen gibt - erwarten wir die Veröffentlichung eines langfristig ausgelegten, klaren und verständlichen Strategieplans (Roadmap), welcher einvernehmlich von den verschiedenen Assessoraten der Landesverwaltung mitgetragen wird und von den Bürgern in seiner Umsetzung überprüfbar ist. Dessen Umsetzung soll nicht nur alle öffentlichen Verwaltungen in Südtirol, sondern auch allen Schulen, Körperschaften und Gesellschaften mit öffentlicher Beteiligung zugute kommen, so wie dies von den bereits bestehenden gesetzlichen Richtlinien des Kodex für die digitale Verwaltung (Codice dell'Amministrazione Digitale – CAD) vorgesehen wird.

Die LUGBZ bietet hiermit ihre volle Unterstützung für dieses wichtige Vorhaben an, in der Überzeugung daß die Landesverwaltung diesen innovativen Wechsel erfolgreich abschließen wird.

Wir möchten uns das Recht vorbehalten, diesen Brief und die darauf folgenden Antworten zu veröffentlichen, um eine weitere öffentliche Debatte zu gewährleisten.

Shaun Schutte  
Präsident der LUGBZ

Kontakt: [board@lists.lugbz.org](mailto:board@lists.lugbz.org)